

Antrag

der Abgeordneten Matthias Wissmann, Peter Rauen, Dagmar Wöhrl, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Hansjürgen Doss, Albrecht Feibel, Klaus Francke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Anita Schäfer, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dietmar Schlee, Max Straubinger, Andrea Voßhoff und der Fraktion der CDU/CSU

Rezession überwinden – Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, der Abschwung hat sich zum Jahresende 2001 weiter beschleunigt. Das Wirtschaftswachstum war in 2001 mit 0,6 Prozent so niedrig wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Steuereinnahmen brechen weg. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und hat die Vier-Millionen-Grenze überschritten. Zusätzlich werden über eine Million Menschen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor der Statistik versteckt. Knapp eine Million arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger und rund 1,2 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe sind ohne reguläre Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Unternehmensgründungen befindet sich im freien Fall. Allein in den Neuen Ländern wurden seit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung per Saldo rund zwei Drittel weniger Unternehmen gegründet. Besserung ist nicht in Sicht. Führende Wirtschaftsinstitute gehen davon aus, dass das Wirtschaftswachstum auch in diesem Jahr deutlich unter einem Prozentpunkt bleiben wird.

Trotzdem findet die rot-grüne Bundesregierung nicht die Kraft für eine notwendige Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik: Während in den USA deutliche Steuersenkungen beschlossen wurden, ist in Deutschland mit der weiteren Stufe der Öko-Steuer, der Tabak- und Versicherungssteuer sowie der neu eingeführten Schwefelsteuer die Steuerbelastung zum Jahresbeginn erneut gestiegen – ohne dass die versprochene Senkung der Lohnnebenkosten in Ansätzen erreicht wurde. Dies wird auch die Preise weiter nach oben treiben – obwohl die Inflationsrate im abgelaufenen Jahr mit 2,5 Prozent bereits eine wachstums- und beschäftigungsfeindliche Höhe erreicht hat. Gleichzeitig boomt die Schwarzarbeit. Mit einem Umsatz von 350 Mrd. Euro und einer Zunahme um 6,25 Prozent übertrifft das prognostizierte Wachstum der Schattenwirtschaft die offizielle Wachstumseinschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung um fast das Neunfache und erreicht damit ein neues Rekordhoch.

Auch die notwendigen Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt bleiben unerledigt, obwohl nationale wie internationale Arbeitsmarktexperten den Reformbedarf anmahnen und klare Handlungsoptionen aufzeigen. Mit dem Mainzer-Modell sind in Brandenburg nach mehr als 1½ Jahren nur knapp 120 Arbeitsplätze gefördert worden, in Rheinland-Pfalz gab es rund 800 Förderfälle. Die bundesweite Ausdehnung dieses Testprojektes ist damit weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein, sondern lediglich beschäftigungspolitischer Aktionismus. Um das große Beschäftigungspotential des Arbeitsmarktes insgesamt zu aktivieren, ist ein umfassender Ansatz erforderlich.

Und auch das Bündnis für Arbeit, das der Bundeskanzler als das „wichtigste Projekt der Legislaturperiode“ bezeichnet hat, erweist sich in dieser dramatischen Lage als unfähig, auch nur ein floskelhaftes Ergebniskommuniqué zu verabschieden, geschweige denn, konkrete Reformen anzuregen.

In Europa steht Deutschland vor dem Abstieg in die zweite Liga. Lediglich Finnland hat im vergangenen Jahr ein noch geringeres Wirtschaftswachstum erreicht. In diesem Jahr wird Deutschland voraussichtlich europäisches Wachstumsschlusslicht sein. Während im gesamten Euroraum die staatliche Schuldenlast abgebaut wurde, sind in Deutschland seit 1998 die Staatsschulden gestiegen. Und auch bei der Netto-Neuverschuldung belegt Deutschland mit minus 2,7 Prozent den letzten Platz und gerät damit als einziges Euro-Land nahe an die Grenzen des EU-Stabilitätspaktes. Deutschland ist zum Schlusslicht der EU geworden und wird so zur Belastung für ganz Europa.

Dabei sind die Probleme im Wesentlichen selbst verschuldet. Dies zeigt der europäische Vergleich und die Entwicklung des deutschen Exports: So hat die Ausfuhr deutscher Güter in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres um 7,5 Prozent zugenommen und war damit die größte Konjunkturstütze. Gleichzeitig haben andere europäische Länder wie Großbritannien, die eine höhere Außenhandelsverflechtung mit den USA aufweisen als Deutschland, deutlich größere Wachstumsraten und bessere Arbeitsmarktentwicklungen erzielt. Die Wachstumsschwäche in Deutschland ist damit nur zu einem geringen Teil durch die Weltkonjunktur und die Entwicklung in den USA verschuldet, sondern ganz wesentlich auf nationale Ursachen zurückzuführen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Fehlentwicklung der vergangenen drei Jahre zu korrigieren und auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft umgehend Reformen in der Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg zu bringen, um so eine Perspektive für die kommenden Jahre aufzuzeigen. Hierzu zählt:

1. Das Steuerrecht ist grundlegend zu vereinfachen und gerechter zu gestalten. Dabei sind insbesondere die ungerechtfertigten Belastungsunterschiede zwischen Kapitalgesellschaften einerseits und Personenunternehmen andererseits auszugleichen. Sobald finanzpolitische Freiräume bestehen, sind der Einkommensteuerspitzensatz unter 40 Prozent und der Eingangssteuersatz unter 15 Prozent zu senken.
2. Die Lohnzusatzkosten der sozialen Sicherungssysteme sind zu senken. Durch Steigerung von Effektivität und Effizienz in den einzelnen Säulen sowie grundlegende Reformen sind die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent zu senken.
3. Die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen sind zu stärken. Dazu zählt, dass die Staatsquote deutlich zurückgeführt und auf 40 Prozent gesenkt wird.

4. Die beschäftigungshemmenden Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt sind zurückzunehmen. Statt weiterer Verkrustung muss der deutsche Arbeitsmarkt dringend entbürokratisiert und flexibilisiert werden. Unternehmerisches Engagement muss belohnt, die Aufnahme einer Beschäftigung zu einer deutlichen Steigerung des verfügbaren Einkommens führen.
5. Die von der Koalition eingeführten Beschäftigungsbarrieren sind aufzuheben. Hierzu zählen insbesondere: Regelungen im Gesetz zur Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und im Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit, die Einschränkung bei befristeten Arbeitsverhältnissen sowie der allgemeine Rechtsanspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung.
6. Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind zusammenzuführen, um die Effektivität und Effizienz zu steigern, unnötige und teure Doppelarbeit zu vermeiden sowie „Verschiebebahnhöfe“ zwischen den Systemen zu verhindern. Gleichzeitig müssen die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik insgesamt auf den Prüfstand.
7. Um die Aufnahme einer Beschäftigung auch im Niedriglohnbereich attraktiver zu gestalten, sind in einem umfassenden Konzept unter anderem die Anrechnungsbestimmungen von Erwerbseinkommen in den Transfersystemen beschäftigungsfreundlich zu gestalten sowie die Anforderungen zur Arbeitsaufnahme zu konkretisieren. Hierzu zählt auch die Umkehr der Beweislast bei der Ablehnung zumutbarer Arbeit.
8. Das Gesundheitswesen ist durch ein geschlossenes Gesamtkonzept grundlegend zu reformieren. Nur so kann die soziale Absicherung des Einzelnen gewahrt bleiben. Eine Reform muss sowohl mehr Transparenz und Wahlfreiheit der Versicherten schaffen als auch die Verhandlungsspielräume der Krankenkassen, Krankenhäuser und Ärzte weiter öffnen.
9. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Neuen Länder sind weiter zu verbessern. Dazu zählt vor allem die Schließung der Infrastrukturlücken, um so die Beschäftigungschancen nachhaltig zu verbessern. Dies dient nicht nur der Bauwirtschaft, sondern trägt auch dazu bei, den Lohn-Produktivitätskeil zu reduzieren.
10. Das Betriebsverfassungsgesetz ist zu modernisieren und als betriebsnahes Mitbestimmungsrecht auszugestalten, das Unternehmen und Beschäftigten ermöglicht, vor Ort flexible Regelungen auch außerhalb starrer Tarifverträge zum Wohle der Belegschaften und des Unternehmens umzusetzen.

Berlin, den 28. Januar 2002

Matthias Wissmann
Peter Rauen
Dagmar Wöhrl
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Hansjürgen Doss
Albrecht Feibel
Klaus Francke
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Kurt-Dieter Grill
Ernst Hinsken
Ulrich Klinkert
Dr. Martina Krogmann
Dr. Norbert Lammert
Vera Lengsfeld
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

Elmar Müller (Kirchheim)
Bernd Neumann (Bremen)
Friedhelm Ost
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Anita Schäfer
Hartmut Schauerte
Karl-Heinz Scherhag
Dietmar Schlee
Max Straubinger
Andrea Voßhoff
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

